

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Dr. Martin Graf
an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung
betreffend **„Burschenschaften das Tanzbein brechen“ – Gewaltaufrufe von Linksextremisten in der ÖH-Exekutive gegen Gäste des Akademikerballs**

Die jährlichen Aufrufe zur Gewalt seitens der Österreichischen Hochschülerschaft (in Folge: ÖH) gegen Gäste des Akademikerballs und die Unparteilichkeit, die von einer Organisation wie der ÖH erwartet wird, korrelieren in keinsten Weise. Konkret geht es um ein Sujet, das die ÖH auf ihrer Facebook-Seite veröffentlicht hat. Mit dem Wortlaut „Burschenschaften das Tanzbein brechen“ wird unverschämt zur Gewalt gegen Gäste des Akademikerballs, der dieses Jahr am 16. Februar stattfand, aufgerufen. Im Text zu dem Bild, auf dem Waffenstudenten zu erkennen sind, steht weiter:

Jährlich tanzt beim Akademikerball in Wien das Who-is-Who der europäischen Rechten auf. Wir als ÖH fordern das Ende des Akademikerballs in der Hofburg und sonst wo! Nazis aufs Maul! Burschis raus aus der Hofburg! Burschis raus aus den Hochschulen!



ÖH - Österreichische Hochschüler_innenschaft
am Dienstag



Jährlich tanzt beim Akademikerball in Wien das Who-is-Who der europäischen Rechten auf.

Wir als ÖH fordern das Ende des Akademikerballs in der Hofburg und sonst wo!

Nazis aufs Maul! Burschis raus aus der Hofburg! Burschis raus aus den Hochschulen!

Burschenschaften das Tanzbein brechen

Seit 1952 findet jährlich der sogenannte Akademikerball statt. Früher Wiener Korporationsball oder Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) genannt und von rechten, deutschnationalen Burschenschaften ausgetragen, veranstaltet seit 2013 die Wiener FPÖ den Ball. Der Wechsel des Namens und der Organisator_innen änderte jedoch an Gäst_innen und politischen Inhalten wenig. Der Ball gilt weiterhin als wichtiger Vernetzungsort für Rechtsextreme aus ganz Europa. Hier schwingen hochrangige Vertreter rechter bis rechtsextremer Parteien mit Mitgliedern rechtsextremer Vereinigungen wie den Identitären das Tanzbein. Die Burschenschaften agieren als Vermittler zwischen rechtsextremer Szene und der FPÖ und bilden ihr ideologisches Rückgrat.

Seit 2008 finden, organisiert von verschiedenen Burschenschaften und Vereinen, Gegenproteste statt, die letzter von starker politischer Repression begleitet wurden und in der Vergangenheit immer wieder verboten wurden.

Wir als ÖH fordern das Ende des Akademikerballs in der Hofburg und sonst wo. Nazis aufs Maul! Burschis raus aus der Hofburg! Burschis raus aus den Hochschulen!

DEMONS

Antifaschistischer Bubenbummel
Mittwoch, 14.2. 18:30 Uhr bei der Rampe vor der Universitätsklinik

Demo gegen den FPÖ-Burschenschaftsball
Freitag, 16.2. 17:00 Uhr Schupfentor, Uni Wien

Gerade in Wien und Burschenschaften unter anderem an den Universitäten extrem sichtbar. So versammeln sie sich jeden Mittwoch auf der Uni-Rampe für ihren Burschenbummel. Dazu gibt es regelmäßig antifaschistischen Gegenprotest. So auch morgen, den Mittwoch, den 14. Februar wird im Rahmen eines antifaschistischen Bubenbummels der Antifaschismus der deutsch-wienerischen Verbindungen thematisiert.

Mit dem Akademikerball findet also ein großes rechtsextremes Vernetzungstreffen in Wien statt. Für alle gut sichtbar und schön herausgeputzt präsentiert sich das Who-is-Who der europäischen Rechten - ausgerechnet in der Hofburg.

Eine Verurteilung des Gewaltaufrufs durch Mitglieder der Regierung oder durch den Bundespräsidenten ist bis heute ausständig. Wer mit dem in öffentlichen Diskursen und Medien mittlerweile inflationär gebrauchten Begriff „rechtsextrem“ belegt wird,

dem gegenüber werden wohl auch Gewaltaufrufe bzw. vollzogene Gewalt kommentarlos hingenommen.

In diesem Sinne stellt der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung folgende

Anfrage

1. Sind Maßnahmen geplant, um endlich sicherzustellen, dass die Mitglieder der ÖH-Exekutive gemäß ihren Mandaten neutral handeln und Gewaltaufrufe künftig unterlassen?
 - a. Wenn ja, welche Maßnahmen konkret?
 - b. Wenn nein, aus welchem Grund nicht?
2. Wie bewerten Sie die Verwendung des Begriffs „rechtsextrem“ in verschiedenen Kontexten und welche Maßnahmen planen Sie, um eine angemessene Verwendung und Differenzierung insbesondere in der Wissenschaft, Bildung und Forschung zu fördern?
3. Gibt es bereits Überlegungen, Maßnahmen in der Wissenschaft, Bildung und Forschung zu setzen, die sicherstellen, dass politische Diskussionen und Berichterstattungen über Extremismus ausgewogen und sachlich bleiben?
4. Aus welchem Grund widersprechen Sie dem offiziellen Gewaltaufruf der ÖH nicht?
5. Werden Konsequenzen für die für den Gewaltaufruf verantwortlichen ÖH-Funktionäre folgen?
 - a. Wenn ja, welche Konsequenzen konkret?
 - b. Wenn nein, aus welchem Grund nicht?
6. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, dass keine Diskriminierung aufgrund politischer oder ideologischer Zugehörigkeit stattfindet und dass die Rechte aller Studierenden an österreichischen Universitäten geschützt werden?
7. Gibt es Überlegungen, die Struktur der ÖH auf linksextremistische Mitglieder zu überprüfen?
 - a. Wenn ja, welche Maßnahmen werden konkret getroffen?
 - b. Wenn nein, aus welchem Grund nicht?



